

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauergewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge u. Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton-, Tiefbau-, u. Dachdeckerbetrieben, in der Röhren- u. Steinzeugindustrie, in Scheibentöpfereien und Glasereien, in Bager- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Hütten-, Eisen-, Ofen-, Stein-, Holz- und Terrazzoarbeiten

Erscheinungswöchentlich Sonnabends, Monatsbezugspreis 1.— RM. (ohne Postgebühren). Bestellungen nur durch die Post. Schluß des Blattes Montags früh.

Herausgeber: Deutscher Bauergewerksbund

Berlin SW 68, Friebergstr. 5-6. Fernpr.: 31 7 000/01 7650, 7651, 6240. Postk. Berlin 68232.

Veranstaltung: Bund der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Berlin S 14, Deutscher Bauergewerksbund, Zentralrat. Geschäftsangelegenheiten nach Tarif durch „Berona“, Berlin SW 11.

„Die Gewerkschaften sind der Feind!“

Dies hört man heute in allen Tonarten. Immer wieder wird versichert, die Gewerkschaften hätten die deutsche Wirtschaft auf den Hund gebracht. Das behaupten vor allem wider besseres Wissen die Männer der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei. Demnach jagt es jeder Landjunker, jeder industrielle Scharfmacher, jeder simple Kleinkrauter. Und die Nazis plappern hirnlos diesen blödsinnigen Kohn nach und verkünden mit Gebrüll, im „Dritten Reich“ schlage auch die letzte Stunde der Gewerkschaften. Und wo alles haßt, kann die KPD nicht lieben. Auch sie sieht in den Gewerkschaften den „Hauptfeind“, sie schreibt allfänglich über „Arbeitererrat“ durch die Gewerkschaften. Und sie sucht deren Schlagkraft und Widerstandsfähigkeit zu lähmen, sie fordert zur Zerschlagung der Gewerkschaften auf, preißt in marktschreierischer Weise ihre stets „führende“ KPD — hinter der nichts weiter als kraffloses Pfaffengebimmel steckt — als Hort und Heil an gegen die Lebergriffe des Unternehmertums. So trägt auch die KPD ihr „röthlich“ Teil bei zur Bekämpfung unserer Gewerkschaften ...

Feinde ringsum! Das können heute mit gutem Recht die Gewerkschaften sagen. Alle ihre zahlreichen Widersacher sehen in den Gewerkschaften die Schlüsselstellung der proletarischen Kraft. Klar erkennt unser Scharfmachertum dieses Kraftzentrum zur Verteidigung der gesellschaftlichen Stellung aller Werktätigen. Deshalb dies Kriegsgeschrei. Und da sich die Gewerkschaften mit einem einzigen Federstich nicht hinwegräumen lassen, sucht man ihre Kraft a u s z u h ö h l e n. Dabei gilt in erster Linie der Kampf dem Tarifrecht. Leider ist auch die Reichsregierung bemüht, den Feinden der Gewerkschaften bei ihrem Vornehmen gegen den Gewerkschaftsblock in jeder Weise Hilfsleistung zu leisten. Die von uns bereits geschilderten Vorgänge im Baugewerbe erbringen hierfür den schlagendsten Beweis. Doch die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft weiß, worum es geht. Es war gut, daß sich der vereinten Reaktion von Harzburg die einseitige Front der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen gegenübergestellt hat. Aber um so unverminderter ist der Haß der Gegner gegen diesen gewerkschaftlichen Schußwoll.

Wenn man die Scharfmacherblätter durchstöbert, so wird man darin stets einen Aufschuß entdecken, aus dem der Haß und der Vernichtungswille gegen die Gewerkschaften hervorleuchtet. Erst kürzlich lasen wir wieder in der „Bergwerks-Zeitung“ Nr. 279 einen Aufsatz des Kaliindustriellen August Rosterg. Er bemerkte darin zur Kundfunkrede des Reichskanzlers über die Winterhilfe, der Weg, an die Wohlthätigkeit des deutschen Volkes zu appellieren, sei nicht der richtige. Nur im Kampfe gegen die Gewerkschaften liege das einzige Mittel, um über alle wirtschaftlichen Schwierigkeiten hinwegzukommen. Hier gehe es, wie im Urwald und an der Börse: Auge um Auge, Zahn um Zahn. „Das bisherige System müsse verschwinden. Es gelte, auf nichtparlamentarischem Wege die „ungeheuer lebenswichtige“ Frage zu lösen, die Gewerkschaften aus der Wirtschaft auszuschalten. Nur eine „freie“ deutsche Wirtschaft könne den Arbeitslosen wieder Arbeit und Brot verschaffen. Nur die „freie“ Wirtschaft weise den Weg aus dem Schlammfeld ...

Freie Wirtschaft! Ein verblüffend bescheidendes Wort. Aber unsere Scharfmacher verstehen unter „freier Wirtschaft“ nichts anderes als die vollständige Loslösung von allen natürlichen Bindungen und die Befreiung aller Schutzgehege gegen die rückwärtslose Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft. Sie wollen im Betrieb freischalten und walfen. Sie wollen darin unbehindert herrschen. Sie wollen über meinungslose und widerstandsunfähige Klüts gebieten. Ihre eigene Verbandsherrschafft — dargestellt durch Kar-

telle und Krüss — wollen diese Scharfmacher selbstverständlich unumschränkt erhalten wissen. Diese gewissenlosen Demagogen kämpfen in der verlogenen Art für die „wirtschaftliche Freiheit“, weil sie absolut unfähig sind, neue Wege zu weisen. Deshalb ihr Geschimpfe, deshalb das ununterbrochene Vernichtungsgeschrei gegen die Gewerkschaften. Rosterg höhnt sogar: „Unser Schicksal sind lediglich die Gewerkschaften.“ Wären die Gewerkschaften zu Boden gedrückt, dann würde das deutsche Volk sicher an besserer Stelle stehen. Natürlich gibt Rosterg für seine ebenso kühne wie alberne Behauptung keinerlei Begründung. Aber es paßt in den Rahmen seiner Geistesverfassung, wenn er bei dieser Gelegenheit auch den Ausgang der heftigen Wahlen freudig begrüßt. Jamohl: Die große Hoffnung aller wirtschaftlichen und politischen Scharfmacher in Deutschland sind die Nationalsozialisten. Sie sind sogar ihre einzige und letzte Hoffnung. Sie erhoffen das Heil nur noch von einer Katastrophepolitik, die Deutschlands Zukunft ins Bodenlose stürzt. Sie sehen alles auf einer Karte. Sie wollen, daß die Nationalsozialisten in Deutschland ans Ruder kommen, um die republikanische Verfassung — und natürlich auch die Gewerkschaften — zu stürzen. Was dabei politisch und wirtschaftlich herausspringt — damit belassen sie ihre am Ende des Lateins angelangten Hirnkästchen nicht. Sie wollen: anders, wenn auch nicht Besseres. Sie verfluchen gleich den Nazis die „Judenrepublik“. Und Rosterg versteigt sich dabei sogar zu der Faelei, daß durch die „Bevorzugung einer einzigen Klasse“ unser Volk zugrunde gehe. „Bei Aufstellung der Verfassung war sicher nicht beabsichtigt, eine einzelne Volkskaste zum Nachteil des gesamten Volkskörpers zu bevorzugen.“

Ueber einen solchen hirnlosen Anspruch dürfen sogar die Hühner lachen. Mit Erstaunen vernimmt man, die Gewerkschaften gehörten im heutigen Deutschland zur „bevorzugten Klasse“. Ausgerechnet die Gewerkschaften, die in jeder Weise bekämpft und die wahrhaftig auch von der Reichsregierung nicht mit irgendwelchen Liebeshändlichkeiten bedacht werden! Aber solche Behauptungen sollen ja nur die Spießbürger gruselig machen und sie gegen die arbeitende Klasse aufpuffen!

Mit allen Mitteln der Rabulistik ist man bemüht, alle reaktionären Kräfte gegen die Gewerkschaften zu mobilisieren. Aber aus solchen Vorkommnissen die rechte Lehre zu ziehen, dürfte für jeden halbwegs vernünftig denkenden Arbeiter und Angestellten nicht schwer sein. Wenn alle sich gegen die Gewerkschaften verschworen hat, wenn vor allem gegen sie die geschworenen Feinde der Arbeiterschaft mit allen Mitteln der Demagogie und Tatsachenfälschung rücksichtslos anrennen, dann dürfte wohl der Zweck der Gewerkschaften ein unendlich wertvoller für die Arbeiterschaft sein. Deshalb haben die Arbeiter aus solchen wütenden Angriffen auf die Gewerkschaften nur die eine Lehre zu ziehen: Sie müssen sich restlos um ihre Gewerkschaften scharen. Was so beschimpft und gelästert wird, das muß unter allen Umständen einen guten Kern haben. Und dieser Kampf der geeinten Reaktion und einer gleichfalls reaktionär wirkenden, sich „revolutionär“ nennenden Partei gegen die Gewerkschaften ist nichts weiter als ein Symptom unserer zerfahrenen Zeit. Damit steht heute alles auf des Messers Schneide. Aber dieser Zustand sollte die Arbeiter und Angestellten ermutigen, mit dem gleichen Eifer, aber auch mit dem gleichen Haß gegen ihre Gegner zu kämpfen!

Die Bauunternehmer auf dem Kriegspfad.

Als zwischen den baugewerblichen Spitzenorganisationen Streitigkeiten entstanden waren aus der Weigerung des Reichsarbeitsministeriums, die derzeitigen Tarifverträge für verbindlich zu erklären, betont die Synodi der Unternehmer, sie würden alle ihre juristischen Kenntnisse einsehen, um den Unternehmern die Wege zu ebnen, daß sie sich der Zahlung von Tariflöhnen entziehen könnten. Es sei nicht angängig, daß nur die tarifgebundenen Unternehmer gezwungen würden, Tariflöhne zu zahlen, während alle anderen Bauunternehmer davon entbunden seien.

Es war leicht ersichtlich, welche Wege zu gehen die Synodi ihren Prolegomen anraten würden. Es war sogar anzunehmen, daß die Unternehmer im Falle der gewollten Tarifunfähigkeit leicht schreiben würden. So versuchte man in verschiedenen Bezirken Innungen aufzuziehen, um die aus dem Unternehmerverband ausscheidenden Unternehmer in den Innungen zusammenzubringen. In solchen Innungsbildungen wird auch heute noch in verschiedenen Gegenden gebastelt. Ja, man geht sogar dazu über, die Unternehmerorganisationen ganzer Bezirke aufzulösen. Ein solcher Versuch ist im Freistaat Sachsen gemacht worden. Dort hat der Bauarbeiterverband Mittelsachsen, Eiß Döbeln, seine Mitgliedschaft beim Bezirks-Arbeitgeberverband für das Baugewerbe im Freistaat Sachsen zum 31. Dezember 1931 form- und fristgerecht aufgekündigt. In einem Schreiben an den Bauunternehmerverband wird gesagt, der Hauptgrund hierfür sei, daß „wir es unseren Mitgliedern nicht länger zumuten konnten. Tariflöhne zu zahlen, während allenthalben in unserem Verbandsgebiet von Außenstehenden ganz wesentlich niedrigere Löhne gezahlt wurden“. In dem Schreiben wurde auch angefragt, ob etwa mit den Baugewerkschaften eigene Lohnkassensvereinbarungen seien oder ob innerhalb des Mitgliedsbereiches der Unternehmer vereinbart sei, bestimmte Löhne zu zahlen oder ob man den Mitgliedern „vollständig freie Hand bei der Festsetzung der Löhne für den Arbeitnehmer gelassen hat“. In diesem Bezirk sucht man also vorzubeugen, weil man „hier noch nicht im klaren

darüber war, welche Maßnahmen für die Zeit ab 1. Januar 1932 getroffen werden sollten“.

Der Versuch im Freistaat Sachsen ist in einem anderen Bezirk bereits Tatsache geworden, selbstverständlich im Thüringen. Der ostthüringische Unternehmerverband hat sich aufgelöst. Er teilte dies unserer Bezirksleitung Erfurt schriftlich in folgender Weise mit: „Hierdurch teilen wir Ihnen mit, daß sich der Ostthüringische Bezirks-Arbeitgeberverband am 30. November 1931 in einer ordnungsgemäß eingeladenen Hauptversammlung aufgelöst hat. Damit hat die gemeinschaftliche tarifpolitische Arbeit ihr Ende gefunden. Etwaige Tariffragen sind in Zukunft örtlich zu regeln“. Es werden dann noch Adressen angegeben für Oera, Orlitz und Altenburg, an die man sich wegen weiterer tarifpolitischer Behandlung der Lohn- und Arbeitsfragen zu wenden habe.

Diese Vorgänge zeigen, daß sich das Unternehmertum nicht scheut, sogar seine Organisationsform aufzulösen in dem einzigen löblichen Zweck, sich um die Zahlung tariflich festgelegter Löhne zu drücken. Genau betrachtet, ist dies nichts absolut Neues. Zu ähnlichen Maßnahmen haben die baugewerblichen Unternehmer schon in früheren Jahren gegriffen, nämlich in den Zeiten, wo die Konjunkturvorfälle umgehert lagen. In diesen Fällen hätten unsere Kollegen, wo sie durch solche Maßnahmen frei waren, noch ganz anders vorgehen können, als es wirklich geschehen ist. Wenn in solchen Fällen der Druck der Tariffrage die Bauarbeiter immer wieder auf die solide Bahn der Vernunft gebracht hat, dann können wir dies heute mit ganz besonderer Verneuerung feststellen. Das man dagegen bei den Unternehmern kein Verständnis für Treu und Glauben aufbringt, das beweisen die vorn geschilderten Ergebnisse. Allerdings hatten wir nicht vorausgesehen, daß von den Unternehmern bei solchen Kämpfen auch die einfachsten Regeln des Anstands nicht beachtet werden. Es war ein Fehler, die Unternehmer für so anfänglich zu halten, wie die baugewerblichen Arbeiterorganisationen selbst sind. Diese hatten bisher immer darauf geachtet, gegebene Zu-

lagen und Unterschriften unbedingt zu achten. Diese Wohlantfänglichkeit haben heute die Bauunternehmer schmählich...

daß sie die rechtlichen Voraussetzungen ihres Handelns nicht erkennen. Wenn sie trotzdem entgegen besserer juristischer...

Gegen den Nationalkommunismus!

Der Mitarbeiter und Kampfschlichter Lenins, der von Stalin verbannte Schöpfer der roten Forme, des Trotzkis...

In der KPD wird alles auf den Kopf gestellt. Ihre Fehler in der Frage des Volkseigentums gehören zu jenen...

Thälmann, dieser einstmalige revolutionäre Arbeiter, der in seiner Rede am 24. Juli die Schwankung in der Volkseigentumsfrage...

Die gleiche Anpassung an den Wegner auch hinsichtlich der Waffen! Die deutschen Kommunisten wollten den Volkseigentum der Faschisten zu einem roten machen...

Am Tage nach dem Volkseigentum fand sich die Partei bebend und schwächer als tags zuvor. Einen besseren Dienst konnte man dem heutigen und dem Weltkapitalismus nicht...

find wir gegen die faschistische Volkseigentumsbildung, so hätte Thälmann sprechen müssen, wenn ihm nur ein körniges...

Der „legale“ Hitler.



Spieglein, Spieglein an der Wand, wer ist der Legalste im ganzen Land?

nösigensfalls mit der Waffe in der Hand. So hätte Thälmann antworten müssen, wenn er ein Marxist wäre! Aber er ist kein Marxist.

Wie man sieht, vertritt Trotski die gleichen Auffassungen, die wir beim preußischen Volkseigentum vertreten haben.

Wie bekämpft man die Arbeitslosigkeit?

In früheren Jahrhunderten waren außer dem Krieg auch verheerende Krankheiten die Geißel der Menschheit.

Heute ist die internationale Arbeitslosigkeit die moderne Krankheit in der kapitalistischen Weltwirtschaft.

Die Kaufkraft besteht in der heutigen Wirtschaft in Geldbesitz und Kredit. Geldbesitz oder Kredit fallen aber nicht vom Himmel.

fließt Geldbesitz oder Kredit aus seiner Arbeit, aus Gehältern und Löhnen. Demnach bewegen wir uns in einem gefährlichen Kreis.

Geldbesitz und Wohlstand sind nicht gleichbedeutende Dinge. Geld ist nur ein symbolischer Wohlstand, die Hauptaufgabe des Geldes ist, als Mittel für den...

Die Erzeugung und Verteilung der Waren bedingt demnach die Schaffung und die richtige Verteilung der Kaufkraft.

In letzter Zeit hat die Arbeitslosigkeit veranlaßt die Arbeiterklasse das Problem der Arbeitslosigkeit nicht dadurch lösen, daß wir zu veralteten, unbrauchbaren...

Da wartet man nun täglich auf ein Wunder, wodurch der Arbeitslosigkeit auf den Leib gerückt werden könnte.

Reichsarbeitsminister Dr. h. c. Stegerwald.

Reider können wir uns in diesem Fall nicht die Goethe-Worte zu eigen machen. Zwar haben die Reden Stegerwalds auch einen Wert, geben sie doch die Möglichkeit...

Am 27. November sprach Minister Stegerwald in einer Berliner Zentrumsversammlung wiederum zum Teil schöne Worte.

Der staatliche Lohnschutz kann während der größten Krisis eines Jahrhunderts den Arbeitern nicht verweigert werden.

nicht mitgehen will, zerfällt in ganz kurzer Zeit insbesondere die Unfallversicherung und die Invalidenversicherung. Das ist die nackte Wahrheit, alles andere ist Illusion. ... So lange ich Arbeitsminister bin, wird die Sozialversicherung nicht zerfallen. ... So schloß Stegerwald seine Rede. Alles andere siehe nächste Notverordnung.

Soweit sich die Ausführungen Stegerwalds auf Gegenwartsfragen beziehen, sind es nicht einmal schöne Worte. Man kann ihren Wert an den Wirklichkeiten, Stegerwald würde sagen Realitäten, ermaßen. In ihrem Kern laufen sie darauf hinaus: Nicht ist gut, aber er muß abgebaut werden. Was dann übrig bleibt, ist ja schließlich auch noch Lohn. Man frage aber nicht was für einer und was sich mit diesem Lohn anfangen läßt. Aber auf Realitäten muß Rücksicht genommen werden, wenn auch die Rücksicht darunter leidet. Sozialversicherung ist auch gut, aber die Rücksicht darunter leidet. ...

Auch diese Rede Stegerwalds ist nur Wortgeklingel. Es kann nicht die Aufgabe werden, daß unter der Ägide Stegerwald das Reichsarbeitsministerium, was die Sicherung der Tariflöhne anbelangt, ein Unternehmensministerium geworden ist.

Aus dem Wohnungsausschuß des Reichstags.

Der Wohnungsausschuß des Reichstags schloß seine Beratungen über Anträge über eine stärkere Förderung des Wohnungsbauwesens, über ein soziales Wohn- und Mietrecht und über ein Wohnheimleistungsgesetz fort. Die Reichsregierung hat inzwischen einen Referentenentwurf für ein Reichswohnungsgesetz veröffentlicht, das geeignet ist, die Gemeinden in erheblichem Maße vor einer wucherischen Bodenpolitik der Privatbesitzer zu schützen und eine orientliche Planung und Bauaufsichtsführung zu ermöglichen. ...

Zu dem Regierungsentwurf werden wir später Stellung nehmen. Zunächst ist der Entwurf an die Länderregierungen gegangen, um deren Auffassungen einzufloßen. Eigentlich müßte schon bei Fertigstellung des Aufstellungsplanes für die Gemeinden eine geordnete Landesplanung vorliegen. ...

Der Reichstagsrat hat bei Abschluß der Beratungen des Wirtschaftsausschußes in seiner Erklärung auch zu der Hauszinssteuer und zur Wohnungszwangswirtschaft Stellung genommen. Der Wohnungsausschuß hat nach Bekanntgabe dieser Erklärung an die Reichsregierung die Frage gerichtet, welche Absichten die Reichsregierung in der kommenden Notverordnung verwirklichen wolle. ...

Daß für die Bauarbeiter und die Mieter das Schlimmste zu erwarten steht, geht außer der bekannten privatrechtlichen Einstellung der Reichsregierung und ihrer Zurückneigung zu den Hausbesitzern aus einem Rundschreiben der Reichsregierung an ihre Parteifunktionäre hervor, wonach die Reichsregierung an ihre Parteifunktionäre der Reichsregierung in einer Unterredung in den Fragen der Befreiung der Hauszinssteuer und Wohnungszwangswirtschaft, der Befreiung der Regiegebühren und der Sicherung der individuellen Wirtschaft bindende Zusicherungen gemacht haben soll. ...

Annahme des sozialdemokratischen Antrages zur Förderung des Kleinwohnbaus. Im Wohnungsausschuß des Reichstags wurde bei der vorigen Nummer des „Grundstein“ mitgeteilt, daß der Sozialdemokratismus angenommen, der die Reichsregierung ersucht, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit den Kleinwohnbau im Sinne der vom Reichstag beschlossenen Richtlinien zu fördern und hierfür Hauszinssteuererleichterungen im Laufe des Jahres 1930 einzuführen. ...

Wie stehen wir zur Rationalisierung?

Rationalisierung gibt es seit jeher. Der Beginn der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ist lediglich zugleich auch der Beginn der Rationalisierung in dem Sinne, wie wir sie heute begrifflich auffassen: Rationalisierung durch technische und organisatorische Verbesserungen des Produktionsprozesses. Die Durchführung jedweder Verbesserung des Produktionsprozesses war stets begleitet von wirtschaftlichen Nachteilen für die Arbeiterschaft. Solange es Rationalisierung in der kapitalistischen Wirtschaft gibt, so lange werden sich die Arbeiter die Frage stellen: Können wir uns dagegen wehren? Müssen wir uns dagegen wehren? Und wie und womit könnte das geschehen? Solche Fragen sind schon tausend- und aber tausendfach beantwortet worden; hundertfach richtig, hundertfach falsch. ...

Was ist das zu tun? Wir wissen, daß in jeder Phase der Rationalisierung in der kapitalistischen Wirtschaft von der Arbeiterschaft — dazu gehören alle Lohn- und Gehaltsempfänger — unerhörte Opfer gefordert werden. Die sozialistisch geleitete Wirtschaft wird keine Privat- und keine Profitinteressen kennen. In ihr wird Rationalisierung von Vorteil für das ganze Volk sein. ...

Im Baugewerbe wird die Frage der Rationalisierung eine besondere Rolle spielen. Die Baukosten nehmen in den staatlichen wie auch in den Familienhaushalten einen breiten Raum ein. Nicht übersehen kann werden, daß im Baugewerbe die Maschine erst begonnen hat eine Rolle zu spielen. Wenn wir mit diesem Problem wirtschaftlich fertig werden wollen, dann ist Voraussetzung, daß wir es zunächst geistig beherrschen. ...

Eine „Gewerkschaft“ im Braunen Haus gelandet.

Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband, in dessen Mitglieder- und Führerreiben eine starke Strömung besteht, sich mit Hitler zu verbinden, hat die erste Etappe seines Zieles erreicht. Das Verwaltungsmittglied dieses Verbandes, Max Habermann, der in der „Deutschen Handelsmacht“ durch Äußerung die Ausgabe über das Thema „Arbeiter oder Hitler“ anregte, zieht nun, nachdem er und ein anderer Führer des DHDV, mit Hitler über Gewerkschaftsfragen gesprochen haben, den Schlüsselring unter die Aufsicht. ...

Dazu bemerkt der gewerkschaftlich-politische Zeitungsdienst: „Diese Erklärungen Hitlers über die Haltung zu den sozial- und gewerkschaftspolitischen Notwendigkeiten sind eindeutig, daß damit die Haltung der Partei zu den Gewerkschaften ein für allemal geklärt ist. ...“

landet ist. Für den, der die Dinge kennt, ist auch dies keine Ueberraschung. Es liegt durchaus in der natürlichen Linie, die beispielsweise von einem so gewichtigen Blatte der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung, wie es „Der Deutsche“ ist, schon längst vertreten wird. „Der Deutsche“ hat zwar jene bekannten drei Fragen an Hitler gerichtet, die entweder gar nicht oder abgemildert umschrieben beantwortet worden sind; aber nichtsdestoweniger ist nicht nur zwischen den Zeilen des „Deutschen“, sondern auch ausgedehntenmaßen sehr oft für ein Gewerkschaftsblatt sehr bedauerliches Entgegenkommen Hitler gegenüber festzustellen. ...

Dannem es?

Bestimmt nicht bei allen. Aber bei einigen scheint es manchmal wenigstens so. So bei der „Groß-Berliner Bau-Zeitung“. Zwar ist auch hier nicht etwa eine höhere soziale Einsicht gekommen; im Gegenteil, auch sie will — eine Selbstverständlichkeit für ein Unternehmer-Organ! — Lohnabbau. ...

Bestimmt nicht bei allen. Aber bei einigen scheint es manchmal wenigstens so. So bei der „Groß-Berliner Bau-Zeitung“. Zwar ist auch hier nicht etwa eine höhere soziale Einsicht gekommen; im Gegenteil, auch sie will — eine Selbstverständlichkeit für ein Unternehmer-Organ! — Lohnabbau. ...

Wie lebt der Arbeiter in Sowjet-Rußland?

Diese Frage kann man sich selber beantworten, wenn man die Literatur über das kommunistische Rußland liest. Aber den meisten Menschen dürfte der Sonderkorrespondent Günther Klein im „Berliner Tageblatt“ Nr. 363, vom 29. November, einen recht interessanten Bericht über die Arbeiter in Rußland zu liefern. ...

Die Genossenschaftsläden verkaufen den allergrößten Teil der Bevölkerung. In ihren Läden, in denen natürlich nur beschränkte, aber im allgemeinen ausreichende Mengen gekauft werden können, kosten zurzeit: ...

füllen. Trotz des Amentos des Kommunismenpuffs ...

Kommunisten-konsum, genossenschaftliche Tragikombie ...

Keine Fünftagewoche mehr in Anspruch ...

Kalkulaß. Im Oktober wurden nach Mitteilung des ...

Vertragsgänge für Maurer und Stukkatoren ...

Die andere Seite heißt ein Film, der nach einem ...

Bekanntmachung des Bundesvorstandes

Erwerbslosenunterstützung für Mitglieder, die Jugend ...

8 Wochen Unterfertigung geschloß, ganz gleich, ob nach ...

- Gedenktafel verstorbener Mitglieder. Bergen Rigen, Adolf Krüger, Maurer-Polier, 32 J. ...

Bücher u. Schriften

„Indien.“ Von Werner Brodman, Suderoseck Raden und Comp. ...

Geld und Geld des Generals Boulanger. Von Dr. Bruno Weiß. ...

Kapitalismus und Sozialismus. Von Edward Selmann. ...

Der Große Bauernkrieg. Von Otto von Guericke. ...

„Die Arbeiter.“ Von Werner Brodman, Suderoseck Raden und Comp. ...

„Die Arbeiter.“ Von Werner Brodman, Suderoseck Raden und Comp. ...

„Die Arbeiter.“ Von Werner Brodman, Suderoseck Raden und Comp. ...

M. Mosberg Realste Bezugsquelle! Neue Gänsefedern von der Gans gerupft, mit Daunen dopp. gereinigt...

Unser Bundeskalender 1932. Preis 50 Pf. Bestelle sofort bei Euren Baugewerkschaftsvorständen!